Presseinformation

27. Februar 2004

FPÖ NÖ fordert Maßnahmen zum Schutz des Arbeitsmarktes

Rosenkranz: Volle Ausschöpfung der Übergangsfristen notwendig

Das Thema "Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Arbeitsplatzsituation in NÖ" stand heute im Mittelpunkt einer Pressekonferenz der Landesparteiobfrau NÖ, Barbara Rosenkranz, in St. Pölten. "Es ist unser Erfolg, dass Übergangsfristen ausgehandelt wurden und dass diese – auch gegen Widerstand – ausgeschöpft werden. Hätten wir diese Übergangsfristen nicht, würden allein im ersten Jahr über 47.000 ausländische Arbeitskräfte zusätzlich nach Österreich einströmen", meinte Rosenkranz unter Berufung auf die Arbeiterkammer, die diese Zahl ermittelt habe. In Niederösterreich hätten im Jänner mit 55.260 einen Job gesucht. Besonders betroffen seien die Grenzgebiete Niederösterreichs. Diese genannten Zahlen seien auch auf steigende Grenzgängerzahlen und organisierte Schwarzarbeit im Osten zurückzuführen.

Zudem sei gestern im tschechischen Parlament mit den Stimmen von 118 der insgesamt 183 Abgeordneten ein Gesetz verabschiedet worden, das lediglich aus einem Satz bestünde, der besagt, dass Edvard Benes sich "um den Staat verdient gemacht" habe, so Rosenkranz. Sie zeigte sich verwundert, dass in Tschechien dieser Schritt gesetzt wurde.

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Landesamtsdirektion/Öffentlichkeitsarbeit
www.noe.gv.at/presse
E-Mail: presse@noel.gv.at
E-Mail: presse@noel.gv.at